

Nationale Einigung zwischen Hamas und Fatah gescheitert – Präsident Abbas ruft Neuwahlen aus

Nachdem die für Ende Oktober angekündigte Unterzeichnung eines Einheitsabkommens zwischen Fatah und Hamas gescheitert ist, hat der palästinensische Präsident Mahmud Abbas für den 24. Januar 2010 Präsidentschafts- und Parlamentswahlen ausgerufen - und wenig später seinen Rückzug aus der Politik angekündigt.

Der Präsident der palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmud Abbas, reagierte mit der Ansetzung von Neuwahlen auf die Weigerung der Hamas, das monatelang unter ägyptischer Verhandlungsführung erarbeitete Versöhnungsabkommen zwischen Fatah und Hamas zu unterzeichnen. Der Vertrag sollte die politische Spaltung der Palästinenser beenden, die seit der Machtübernahme der Hamas im Gazastreifen 2007 zwischen Hamas und der im Westjordanland regierenden Fatah besteht.

Gemäß dem geplanten Abkommen hätten die Wahlen nach einer nationalen Einigung erst Ende Juni 2010 stattfinden sollen. Abbas begründete die Ausrufung der Neuwahlen nun damit, dass Hamas mit ihrer Entscheidung bewiesen habe, nicht zu einer Versöhnung bereit zu sein. Daher sehe er sich jetzt einzig an die Verfassung gebunden. Diese sieht Wahlen bis zum 25. Januar 2010 vor, da dann die vierjährige Legislaturperiode des Parlaments sowie die Amtszeit des Präsidenten enden. Letztere ist formal bereits im Januar 2009 ausgelaufen, war jedoch von Abbas selbst per Dekret um ein Jahr verlängert worden, um die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen gleichzeitig abhalten zu können. Bis dato hatte die Hamas diese Verlängerung als verfas-

ungswidrig bezeichnet und Abbas die Anerkennung verweigert. Fatah konnte es daher zunächst als Erfolg verbuchen, dass Hamas im Entwurf des Einigungsvertrages die Legitimität Abbas' anerkannte und Wahlen zustimmte. Nach dem Erlass des Wahldekretes durch Abbas bezeichneten ihn führende Hamaspolitiker, darunter Khaled Meshal, Kopf des Hamas-Politbüros, jedoch erneut als illegitimen Präsidenten, dessen Dekrete ungültig seien. Entsprechend werde man an den Wahlen nicht teilnehmen.

Auch unter Rechtsexperten ist die Verlängerung der Amtszeit von Abbas umstritten. Der Jurist und Verfassungsexperte Tareq Z. Touqan erläutert, dass im zu Grunde liegenden Gesetzestext die Amtszeit des Präsidenten auf vier Jahre festgelegt und somit rein juristisch gesehen Anfang 2009 ausgelaufen sei. Die Entscheidung, Abbas' Amtszeit zu verlängern und Parlaments- und Präsidentschaftswahlen gleichzeitig abzuhalten, sei jedoch keine rechtliche, sondern eine politische gewesen, so Touqan. Mit der Parallelisierung der Amtszeiten habe man die politische Stabilität erhöhen und die organisatorische und finanzielle Durchführung der Wahlen vereinfachen wollen. Da es in den Palästinensischen Gebieten kein Verfassungsgericht gibt, welches als letzte Instanz über diese Frage entscheiden könnte, bleiben bis zur kommenden Wahl und der damit einhergehenden eindeutigen Legitimation des Präsidenten die unterschiedlichen, von der politischen Couleur geprägten Interpretationen der derzeitigen Rechtslage bestehen. Die Ausrufung der Wahlen für Ende Januar 2010 ist nach Touqan jedoch eindeutig verfassungsgemäß.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**PALÄSTINENSISCHE
AUTONOMIEGEBIETE**
FELIX DANE
CHRISTIANE AMARI

November 2009

www.kas.de/ramallah
www.kas.de

Ungeachtet der Verweigerungshaltung von Hamas hat Abbas bereits die zentrale Wahlkommission aufgerufen, alle notwendigen Schritte zur Durchführung der Wahlen einzuleiten. Derzeit ist jedoch völlig unklar, wie Wahlen gegen den Willen der Hamas im Gazastreifen technisch durchgeführt werden können. Als die Hamas im vergangenen Juni hunderte Fatah-Delegierte aus Gaza daran hinderte, am Parteikongress im Westjordanland teilzunehmen, haben diese sich letztlich per Handy und Internet an den Kongresswahlen beteiligen können. Entsprechend wird auch jetzt über die Möglichkeit einer elektronischen Stimmabgabe diskutiert. Dass diese Methode für die gut eineinhalb Millionen Einwohner des Gazastreifens gegen Hamaswiderstände realisiert werden könnte, ist jedoch mehr als fraglich. Hamas hat nicht nur alle Bewohner des Gazastreifens aufgerufen, die Wahlen zu boykottieren, sondern auch angekündigt diejenigen zu verfolgen, die sich dieser Weisung widersetzen. Inzwischen teilte die Wahlkommission mit, dass sie nicht in der Lage sei, die Wahlen im Januar durchzuführen, da die Hamas jegliche Kooperation verweigere. Sie schlug Präsident Abbas vor, die Wahlen zu verschieben. Dieser hat sich bisher noch nicht offiziell dazu geäußert, es ist jedoch zu erwarten, dass er dem Anliegen stattgibt.

Sowohl die Entscheidung der Hamas, das nationale Einheitsabkommen nicht zu unterzeichnen, als auch die darauf folgende Ansetzung der Neuwahlen durch Präsident Mahmud Abbas sind mit Argumenten untermauert worden, die bei genauerem Hinsehen nur einen Teil der Wahrheit ausmachen. Insgeheim versuchen beide Seiten, sich strategisch für die im nächsten Jahr anstehenden Wahlen in eine starke Position zu bringen und dabei gleichzeitig den politischen Gegner zu schwächen.

Streit um israelischen Siedlungsbau

Abbas' innenpolitisches Kalkül wurde jedoch von den jüngsten außenpolitischen Entwicklungen gekreuzt. Aus Frustration über den schleppenden Nahost-Friedensprozess, aus dessen verfahrenerer Situation Abbas unter den gegebenen Voraussetzungen keinen

Ausweg sieht, hat er angekündigt, bei den kommenden Wahlen nicht mehr anzutreten.

Als US-Präsident Barack Obama im vergangenen Frühjahr einen kompletten Baustopp für jüdische Siedlungen forderte, hatte Abbas auf den amerikanischen Einfluss auf Israel vertraut und analog dazu angekündigt, die Friedensverhandlungen nur bei vollständigem Einfrieren der Siedlungstätigkeit fortzusetzen. Als US-Außenministerin Hillary Clinton nach einem Treffen mit Israels Regierungschef Netanyahu nun aber zurückruderte und ein Angebot der Israelis zum Siedlungsstopp als „beispiellos“ lobte, das 3000 Baueinheiten sowie das gesamte Gebiet Ostjerusalems davon ausnahm, sah Abbas sich im Stich gelassen und zum Rückzug gezwungen.

Wenngleich Abbas versicherte, seine Entscheidung sei endgültig, ist sie auch als taktisches Manöver einzustufen, mit dem er die Vereinigten Staaten zu einer Revision ihrer Position drängen will. Denn mit seinem Amtsverzicht trafe Abbas vor allem die USA und Israel, die mit ihm einen moderaten Verhandlungspartner verlieren würden. Da er keinen starken Stellvertreter aufgebaut hat und mit Marwan Barghouti das einzig politische Schwergewicht, das die Palästinenser hinter sich vereinen könnte, in Israel eine lebenslange Haftstrafe absitzt, wird sein Verzicht auch ein Machtvakuum nach sich ziehen. Hiervon würde bei den Wahlen in jedem Fall die Hamas profitieren, was weder im Interesse Israels noch der Vereinigten Staaten ist. Das weiß auch Abbas. Und so kann man davon ausgehen, dass er dem breiten internationalen Drängen, seine Entscheidung zu revidieren – unter anderem von UN-Generalsekretär Ban Ki Moon, dem israelischen Präsidenten Peres sowie Frankreichs Präsident Sarkozy - nur zum Preis entsprechender politischer Zugeständnisse nachgeben wird.

Innenpolitisch war Abbas' Schritt die einzige Möglichkeit, sein Gesicht zu wahren, nachdem er erst verkündet hatte, Friedensverhandlungen nur bei einem kompletten Siedlungsstopp aufzunehmen und dann von den USA düpiert worden war. Bereits die Affäre um den Goldstone-Bericht, mit der sich Ab-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**PALÄSTINENSISCHE
AUTONOMIEGEBIETE**

FELIX DANE
CHRISTIANE AMARI

November 2009

www.kas.de/ramallah

www.kas.de

bas in den vergangenen Wochen selbst in eine Position der Schwäche manövrierte, hat ihn innenpolitisches Ansehen gekostet.

Auswirkungen des Goldstone-Berichts

Der Goldstone-Bericht enthält die Ergebnisse einer vom UN-Menschenrechtsrat in Auftrag gegebene Untersuchung zum Gazakrieg Ende 2008, die unter Vorsitz des ehemaligen Chefanklägers des Internationalen Gerichtshofes, Richard Goldstone, mögliche Kriegsverbrechen während der Operation „Gegossenes Blei“ aufdecken sollte. Die Kommission kam zu dem Ergebnis, dass sowohl Israel als auch bewaffnete palästinensische Gruppen wie die Hamas Kriegsverbrechen begangen haben. Sowohl Israel als auch Hamas wiesen die Vorwürfe zurück.

Unter erheblichem Druck seitens der USA – getragen von der Sorge, die aktuelle Debatte darüber könne dem Friedensprozess schaden – hatte Präsident Abbas zunächst dafür plädiert, die Abstimmung über den Goldstone-Bericht im UN-Menschenrechtsrat zu vertagen. Diese Entscheidung löste in breiten Teilen der palästinensischen Bevölkerung wütende Proteste aus, die sich in Demonstrationen und Aufmärschen niederschlugen, auf denen Abbas des Hochverrats beschuldigt und zum Rücktritt aufgefordert wurde. Auch aus den Führungsgremien der eigenen Partei schlug Abbas harsche Kritik entgegen. Marwan Barghouti, Mitglied des Fatah-Zentralkomitees, zeigte sich persönlich schockiert und bezeichnete die Entscheidung als „schweren Fehler“. Dr. Nabil Sha'ath, Kommissar für Auswärtige Angelegenheiten im Fatah-Zentralkomitee, teilt diese Einschätzung und bezeichnet den Schaden, den Abbas Ansehen durch die Entscheidung gelitten hat, als enorm.

Der Hamas, die aufgrund der Verhandlungen zum Einigungsvertrag seit längerem unter Druck stand, hätte diese Führungskrise der Fatah nicht gelegener kommen können. Führende Hamasmitglieder stellten sich an die Spitze der aufgebrachten palästinensischen Bevölkerung und attackierten Abbas, indem sie ihn als Kollaborateur und Verräter an der palästinensischen Sache be-

zeichneten. Einige Hamas-Offizielle forderten gar, Abbas vor Gericht zu stellen und ihm die Staatsbürgerschaft zu entziehen. Sie erklärten, Abbas gefährde die palästinensische Einheit, folglich könne man mit seiner Partei kein Einheitsabkommen unterzeichnen. Zumindest kurzfristig ist das Kalkül der Hamas aufgegangen: Wenige Tage nach den Vorfällen vom Jerusalem Media and Communication Centre (JMCC) durchgeführte Umfragen belegen einen Vertrauensverlust der Bevölkerung in Präsident Mahmud Abbas, der in seinen Werten sogar hinter Hamasführer Ismael Haniyeh zurückfiel. Die Strategie der Fatah, sich deutlich von der Entscheidung Abbas' zu distanzieren, scheint jedoch ebenso erfolgreich gewesen zu sein – die Partei genießt momentan in der Bevölkerung fast doppelt so viel Vertrauen wie Hamas.

Präsident Mahmud Abbas hat schließlich dem Druck von allen Seiten nachgegeben und seine Entscheidung zum Goldstone-Bericht revidiert. Der UN-Menschenrechtsrat in Genf hat den Bericht daraufhin mit großer Mehrheit angenommen und ihn an die UN-Vollversammlung überwiesen. Diese forderte wiederum in einer Resolution UN-Generalsekretär Ban Ki Moon auf, den UN-Sicherheitsrat mit dem Bericht zu befassen. Damit besteht theoretisch die Möglichkeit, dass der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag angerufen wird, um mögliche Kriegsverbrechen zu untersuchen. Dies gilt aufgrund des Vetorechts der USA jedoch als unwahrscheinlich.

Rückenwind für Fatah

Wenngleich viele Beobachter zunächst von einer dauerhaften innenpolitischen Schwächung Abbas' durch die Goldstone-Affäre ausgingen, scheint diese nur von temporärer Natur gewesen zu sein. Die Fähigkeit, den erlittenen Popularitätsrückschlag innerhalb kurzer Zeit wieder wettzumachen, sieht Dr. Khalil Shikaki, Leiter des Palestinian Center for Policy and Survey Research (PSR) nicht allein in der Revision der Goldstone-Entscheidung, sondern vor allem in der momentanen Stärke der Fatah-Partei begründet.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**PALÄSTINENSISCHE
AUTONOMIEGEBIETE**
FELIX DANE
CHRISTIANE AMARI

November 2009

www.kas.de/ramallah
www.kas.de

Diese resultiert vor allem aus dem erfolgreich abgehaltenen Zentralkongress der Fatah, der im August erstmals seit zwanzig Jahren wieder stattgefunden hatte. Auf dem Kongress hat die stark von Korruption und Misswirtschaft geprägte Fatah unerwartete innerparteiliche Demokratisierungstendenzen offenbart und einen behutsamen Verjüngungsprozess in der Führungsriege eingeleitet. Dr. Shikaki stellte nach dem Parteitag unter der Mehrheit der Delegierten auch ein deutlich demokratisches Selbstverständnis fest. Der auf dem Kongress erfolgte Machtwechsel hat in der Bevölkerung, die die Fatah bei den letzten Wahlen noch für interne Korruption und Vetternwirtschaft abgestraft hat, die Glaubwürdigkeit deutlich erhöht. Auch die Tatsache, dass viele der neuen Führungsmitglieder im Gegensatz zu ihren aus der Diaspora kommenden Vorgängern in der Westbank oder im Gazastreifen geboren und aufgewachsen sind, stärkt ihre Legitimität. Darüber hinaus ist durch diesen Wechsel eine pragmatischere Politik zu erwarten, die weniger von den Interessen der Diaspora-Fatah geleitet ist, sondern stärker die Sorgen und Probleme der palästinensischen Bevölkerung aufgreift. Dazu könnte ein stärkerer Fokus auf ein Einfrieren der israelischen Siedlungstätigkeit, auf eine Stärkung der Wirtschaft sowie auf die Weiterentwicklung staatlicher Institutionen gelegt werden. Insgesamt hat die Fatah mit ihrem Parteitag den Palästinensern ihre Handlungsfähigkeit bewiesen und damit gleichermaßen Vertrauen gewonnen wie Hoffnungen geweckt. Unmittelbar nach dem Parteitag durchgeführte Erhebungen des PSR offenbarten dann auch eine gestiegene Zustimmung zu Fatah (44%) und Abbas (52%), wohingegen Hamas (28%) und Ismael Haniyeh (38%) entsprechende Verluste hinnehmen mussten.

Nach jüngsten Umfragen des JMCC würden 40% der Palästinenser bei den Parlamentswahlen Fatah und 18,7% Hamas wählen. Besonders ins Auge fällt bei den Ergebnissen, dass der Anteil derjenigen, die Fatah wählen würden, im Gazastreifen, dem Machtzentrum der Hamas, deutlich über dem landesweiten Durchschnitt liegt. Auch das Vertrauen in die Fatah sowie der Glaube, dass der Fatah-Kongress einen wichti-

gen Schritt in der palästinensischen Politik markiert, sind hier erheblich höher ausgeprägt als in der Westbank.

Auf den ersten Blick mögen diese Tendenzen überraschen. Tatsächlich sind sie jedoch eine logische Fortsetzung der politischen Entwicklung seit den Wahlen 2006. Bei den letzten Wahlen errang die Hamas eine absolute Mehrheit der Sitze im Parlament, besonders durch Stimmen aus dem dicht besiedelten Gazastreifen. Befragungen nach der Wahl ergaben aber, dass nur 11% die Hamas aufgrund ihrer politischen Agenda gewählt hatten, wohingegen fast die Hälfte der Hamaswähler ihre Stimme in der Hoffnung abgab, dass diese die Korruption der Fatah beenden könne. De facto war die letzte Wahl also auch eine Protestwahl, mit der die Wähler Fatah abstrafen wollten. Da sich die Fatah zuletzt reformbereit und handlungsfähig präsentiert hat, während Hamas durch die schwierigen Lebensbedingungen im Gazastreifen bei der Bevölkerung erhebliche Sympathien eingebüßt hat, ist die hohe Zustimmung zur Fatah im Gazastreifen nur folgerichtig.

Hamas unter Druck

Die Hamas steht derweil von mehreren Seiten unter Druck. Sie sieht sich seit Gewinn der Wahlen 2006 der ständigen Aufgabe ausgesetzt, eine politische Vision zu formulieren, die erstens für Verhandlungspartner, vor allem auf internationaler Ebene, akzeptabel ist. Dies geschieht vor allem in dem Bemühen, nicht mehr als Terrororganisation wahrgenommen zu werden. Zweitens muss sie aber auch die Stammbasis und ihren militanten Flügel, die Qassam-Brigaden, ruhig stellen, die sie für ihre Prinzipien wie Widerstand und Nichtanerkennung Israels unterstützen. Drittens sieht sich die Hamas auch vor dem Hintergrund anstehender Wahlen einer Mehrheit der Bevölkerung im Gazastreifen gegenüber, die unter dem Gazakrieg und seinen Folgen sowie der Blockade des Gazastreifens zu leiden hat und eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen herbeisehnt. In zeitlicher Nähe zu Auseinandersetzungen zwischen Palästinensern und Israelis, wie beispielsweise dem Gazakrieg oder den jüngsten Unruhen auf dem

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**PALÄSTINENSISCHE
AUTONOMIEGEBIETE**
FELIX DANE
CHRISTIANE AMARI

November 2009

www.kas.de/ramallah
www.kas.de

Tempelberg, kann die Hamas durch ihre harsche Rhetorik gegenüber Israel jeweils steigende Zustimmung verzeichnen. Auf lange Sicht sind jedoch viele Wähler im Gazastreifen zu der Überzeugung gelangt, dass sich ihr täglicher Lebensalltag unter einer international anerkannten Fatah-Regierung deutlich verbessern würde.

Alle drei genannten konfligierenden Ebenen, die das Handeln der Hamas bestimmen, kommen auch im Fall des schließlich gescheiterten Einheitsabkommens zum Tragen. Dass Mahmud Abbas' erste Entscheidung zum Goldstone-Bericht nicht den wahren Grund der Hamas darstellte, das Abkommen abzulehnen, war offensichtlich. Fatah hatte den über Monate hinweg ausgehandelten ägyptischen Vertragsentwurf schließlich akzeptiert und unterzeichnet, als die Hamas erneut mehrere textliche Änderungen reklamierte. Wie aus dem Umfeld der Hamas verlautete, soll u.a. eine Formulierung Stein des Anstoßes gewesen sein, die militärische Formationen außerhalb des staatlichen Sicherheitssektors untersagt. Dies hätte alle bewaffneten Widerstandsgruppen betroffen und damit auch die Qassam-Brigaden als militärische Unterorganisation der Hamas. Während die Hamas offenbar das Recht auf bewaffneten Widerstand in dem Abkommen garantiert wissen wollte, haben die USA signalisiert nur zuzustimmen, wenn dieses einen Gewaltverzicht enthält.

Insgesamt schreckt die Hamas sicher auch vor einer Einigung mit Fatah zurück, weil sie dadurch eine weitere Schwächung ihrer Position befürchtet. Denn de facto hieße eine Aussöhnung, den alleinigen Machtanspruch im Gazastreifen aufzugeben und sich von Positionen zu verabschieden, die bisher identitätsstiftendes Merkmal der Bewegung waren. Die Verweigerung der Unterzeichnung bedeutet jedoch genauso eine Schwächung, da sich Hamas damit weiter isoliert und vor allem von der palästinensischen Bevölkerung, der eine nationale Einigung sehr wichtig ist, für das Scheitern des Abkommens verantwortlich gemacht wird.

Nach monatelangen intensiven Bemühungen um nationale Aussöhnung der Palästi-

nenser hat Ägypten, das als Vermittler die Gespräche zwischen Fatah und Hamas leitet, den Wunsch der Hamas nach erneuten Nachverhandlungen abgelehnt. Einerseits sind erfolgreiche Vermittlungsbemühungen für Ägypten wichtig, um seine regionale Rolle, vor allem gegenüber dem Konkurrenten Saudi-Arabien, zu stärken. Gleichzeitig kann es auch gegenüber der Hamas nicht zu nachgiebig sein. Als direkter Nachbar wäre Ägypten von einer wieder erstarkenden Hamas, die aus dem palästinensischen Flügel der ägyptischen Muslimbruderschaft entstanden ist, am ehesten betroffen. Es müsste in der Konsequenz ein Erstarren der eigenen Opposition fürchten, die die grundsätzlich der israelfreundlichen Politik des Mubarak-Regimes sehr kritisch gegenüberstehende Bevölkerung auf die Straße bringen könnte.

Ein weiteres Kalkül der Hamas, der Einigung noch nicht zuzustimmen, könnte auch die Hoffnung auf einen bald erfolgreich abzuschließenden Deal im Fall des entführten israelischen Soldaten Gilad Shalit sein. Wenn es der Hamas tatsächlich gelänge, in Kürze im Austausch zu Shalit die Freilassung unzähliger, teils hochrangiger in israelischen Gefängnissen inhaftierter Palästinenser zu erwirken, würde dies national einen enormen Popularitätsschub nach sich ziehen. Möglicherweise spekuliert sie darauf, erst danach einem Einigungsabkommen zuzustimmen, um anschließend aus einer Position der Stärke heraus in Neuwahlen zu gehen.

Die Chancen, dass es innerhalb der nächsten Wochen zu einem solchen Gefangenen-austausch kommt, stehen derweil nicht schlecht. Mit Hilfe deutscher Vermittlungsbemühungen kam es bereits Anfang Oktober zu einem ersten Austausch. Im Gegenzug für ein Video des sich augenscheinlich körperlich wie seelisch in guter Verfassung befindenden Shalits hatte Israel zwanzig inhaftierte Palästinenserinnen freigelassen. Beide Seiten hoffen nun mit Hilfe der deutschen und ägyptischen Vermittler zu einer endgültigen Lösung im Fall Shalit zu kommen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**PALÄSTINENSISCHE
AUTONOMIEGEBIETE**
FELIX DANE
CHRISTIANE AMARI

November 2009

www.kas.de/ramallah
www.kas.de

Ausblick

Mit der Ausrufung der Neuwahlen hat Präsident Mahmud Abbas die Hamas weiter unter Druck gesetzt. Gleichzeitig eröffnet sein angekündigter Rückzug – sollte er dabei bleiben – der Hamas neuen Spielraum. Ob diese ihn entsprechend für sich nutzen könnte, bleibt vor dem Hintergrund der geschilderten Herausforderungen jedoch dahingestellt. Ein erster Erfolg für Hamas ist jedoch bereits, dass die Wahlen aufgrund ihrer Verweigerungshaltung voraussichtlich verschoben werden. Das verschafft ihr, ebenso aber auch der Fatah um Präsident Mahmud Abbas, neuen Handlungsspielraum. Allerdings würde die erwartete Verschiebung der Wahlen ein neues Legitimitätsproblem aufwerfen: Die Legislaturperiode des palästinensischen Parlamentes (PLC) endet im Januar. Wie palästinensische Zeitungen übereinstimmend berichten, wird innerhalb der PLO an Plänen gearbeitet, die Autorität des PLC an die PLO zu transferieren. Da das Parlament derzeit handlungsunfähig ist, würde dieser Schritt vor allem zu Lasten der Hamas gehen, die in der PLO nicht vertreten ist. Sollten die Pläne tatsächlich umgesetzt werden, ist eine ähnliche Legitimitätsdiskussion wie um die Verlängerung von Abbas' Amtszeit zu erwarten.

Für die innenpolitische Entwicklung in den Palästinensischen Gebieten sind für die kommenden Monate derzeit zwei politische Szenarien vorstellbar:

Sollte sich Hamas den Wahlen weiter verweigern, könnten alle Fraktionen der PLO sowie unabhängige Kandidaten gemäß dem von Präsident Abbas 2007 erlassenen rein proportionalen Wahlrecht auf einer landesweit gemeinsamen Liste für die Parlamentswahlen antreten. Diese würde sowohl Kandidaten aus dem Westjordanland, dem Gazastreifen und Ost-Jerusalem umfassen. Die vor allem der Fatah nahe stehenden Unterstützer dieser Handlungsoption sind überzeugt, dass die Hamas bei einer fortbestehenden Verweigerungshaltung nicht nur von der palästinensischen Bevölkerung, sondern auch von internationalen Partnern allein dafür verantwortlich gemacht würde, dass im Gazastreifen keine Wahlen durchge-

führt werden konnten. Entsprechend sähen sie eine ausreichende Legitimität eines derart gewählten Parlamentes gegeben.

Eine solche Entwicklung würde jedoch keine Verbesserung zum Status Quo darstellen, da die Spaltung der Palästinenser manifestiert und das Erreichen einer nationalen Einheit in weitere Ferne rücken würde.

Den Interessen der palästinensischen Bevölkerung dienlicher wäre das Eintreten des zweiten Szenarios. Danach würden die Parteien an den Verhandlungstisch über eine nationale Aussöhnung zurückkehren. Wenn es dann zu einer Einigung käme, könnten die Wahlen immer noch, wie im ursprünglichen ägyptischen Vorschlag vorgesehen, auf Juni 2010 verschoben werden. Die jüngsten politischen Äußerungen beider Seiten deuten auf das Eintreten dieses Szenarios hin. Am 15. November, dem palästinensischen Nationalfeiertag, rief Präsident Abbas in seiner Festrede erneut beide Seiten zu einer nationalen Aussöhnung auf. Einige Tage zuvor hatte bereits Dr. Aziz Dweik, Hamasmitglied und Sprecher des PLC, eine Unterzeichnung des Abkommens durch Hamas angedeutet. In jedem Fall nehmen die diesbezüglichen politischen Bemühungen wieder an Fahrt auf.

Für die nächsten Wochen ist daher ein erneutes taktisches Pokerspiel zwischen Fatah und Hamas um das Abkommen zur nationalen Einigung zu erwarten. Derzeit ist diese Auseinandersetzung jedoch von Abbas' angekündigtem Rückzug und dessen politischen Implikationen überschattet. Sollte Abbas tatsächlich nicht mehr zu den Präsidentschaftswahlen antreten, würde dies die politische Konstellation deutlich zum Nachteil der Fatah verändern, da die Partei mangels Alternativen zu Abbas zwangsläufig einen schwächeren Kandidaten nominieren müsste. Aus diesem Grund wird Abbas von den meisten seiner Parteikollegen gedrängt, doch zu kandidieren. Auch eine knappe Zwei-Drittel-Mehrheit der Palästinenser spricht sich nach Umfragen des Near East Consulting für eine erneute Kandidatur von Präsident Abbas aus.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**PALÄSTINENSISCHE
AUTONOMIEGEBIETE**

FELIX DANE
CHRISTIANE AMARI

November 2009

www.kas.de/ramallah
www.kas.de

Aus Abbas' Umfeld verlautete zuletzt, dass er sich derzeit in einer abwartenden Position befinde und beobachte, wie viel Unterstützung er erhalte, bevor er weitere Entscheidungen trafe. Sollte diese nicht ausreichend vorhanden sein, würde er sogar soweit gehen, die Palästinensische Autonomiebehörde aufzulösen. Da Abbas innerpalästinensisch bereits großen Zuspruch erfahren hat, wird es letztlich entscheidend von der Position der US-Administration abhängen, ob er bereit ist, seine Entscheidung zu revidieren. Nur wenn er Bedingungen vorfindet, die er als realistische Ausgangsbasis für erneute Friedensverhandlungen wertet, ist seine Bereitschaft zu einer erneuten Kandidatur wahrscheinlich.



Impressum

Konrad Adenauer Stiftung e.V.
Auslandsbüro Palästinensische
Autonomiegebiete
Internationale Zusammenarbeit

PO Box 27242 | 91272 Jerusalem
Telefon: +972 2 24043-05
Telefax: +972 2 24043-07